

„Die nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen im östlichen Europa – Chancen und Grenzen für die öffentliche Bildung“

13. Internationale Fachtagung der DGO-Fachgruppe Pädagogik,
vom 25. bis 27. Nov. 2004
– Ergebnisse und weiterführende Fragen –

GERLIND SCHMIDT, FRANKFURT A. M.

Die jüngste Konferenz der Fachgruppe Pädagogik der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) war einem Bereich gewidmet, für den andert-halb Jahrzehnte nach dem politischen Umbruch der Staaten des östlichen Europa nur wenige Bestandsaufnahmen¹ vorliegen. Die Tagung wurde von der verantwortlichen Organisatorin Sonja Steier-Jordan (RUB Bochum) mit einer ausführlichen systematischen Einführung eröffnet. Sie umriss die in den vergangenen Jahren gewachsene Bedeutung des Themas angesichts neuer weltweiter Entwicklungen im Bildungswesen. Im einzelnen nannte sie: die Verschärfung in der bildungspolitischen Debatte um Staat und Markt, die Zuwendung von Bildungspolitik und Bildungspraxis zu neuen Finanzierungsmodellen, das wachsende Augenmerk für den „Output“ sowie die allgemeine Leistungsfähigkeit und Bildungsqualität der nationalen Systeme im internationalen Vergleich (Stichwort: PISA). Der Bedeutung des Gegenstandes in international-vergleichender bzw. europäischer Sicht werde die vorhandene Literatur zur vergleichenden Bildungsforschung bisher kaum gerecht.²

In zwei länderübergreifenden Hauptreferaten wurden theoretisch-systematische Fragen zur nichtstaatlichen Bildung anhand historischer Rückblicke sowie in vergleichender Perspektive thematisiert. Mit Blick auf die gegenwärtige Situation war das Interesse darauf gerichtet, nach Erklärungen für die beobachteten Entwicklungen sowie nach möglichen Rückschlüssen für das bildungspolitische Handeln zu fragen. Beide Referate nahmen dabei auf die internationalen Entwicklungen Bezug, die sich derzeit im Zusammenhang mit der sog. Globalisierung vollziehen.

Im Eröffnungreferat „Staat und Markt – neue Impulse der Bildungspolitik im größeren Europa“

beleuchtete *Wolfgang Hörner* exemplarisch die Funktionen nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen gegenüber dem staatlichen Bildungssektor und ihr Verhältnis zum (National-)Staat, zur Gesellschaft und zur Wirtschaft anhand von Beispielen zum theoretischen, historischen, vergleichenden und bildungspolitischen Aspekt. In seinem Vortrag wurde die spezifische Ambivalenz deutlich, die in den postsozialistischen Ländern nach dem politischen Umbruch mit der Zielsetzung verbunden war, das staatliche Bildungsmonopol zu überwinden und mehr Autonomie in den Bildungsinstitutionen einzuführen. Anfangs wurde die „Entstaatlichung“ und die Errichtung eines nichtstaatlichen bzw. privaten Sektors³ in erster Linie als eine Befreiung von der sozialistischen Staatspädagogik zugunsten einer gesellschaftlichen Liberalisierung der Bildung verstanden und auch angestrebt. Im Zuge der finanziellen Krise des Staates trat jedoch die marktwirtschaftliche Orientierung als Kern der Privatisierungsbestrebungen im Bildungssektor in den Vordergrund. Die Entwicklung, die übrigens in einigen Ländern als „Rückzug des Staates“ aus dem Bildungswesen bezeichnet wurde, führte zu einem erheblichen Rückgang von Bildungsqualität sowie Bildungsgerechtigkeit. Hinsichtlich des Abbaus des **Staatsmonopols** zugunsten einer Dezentralisierung und Schaffung von mehr Autonomie im Schulwesen trennte *Hörner* formal nach einer markt- bzw. erwerbswirtschaftlich orientierten und einer gemeinnützigen, an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausgerichteten Form nichtstaatlicher Einrichtungen. Schließlich bezog er noch eine weitere Form der Entstaatlichung in die Betrachtung ein, die freilich in den östlichen Transformationsländern nur sehr eingeschränkt auf eine Vorgeschichte zurückgreifen konnte, und zwar

Dr. Gerlind Schmidt war langjährige Mitarbeiterin (bis Ende 2004) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt a. M.; ihr Arbeitsschwerpunkt ist weiterhin die Bildungsentwicklung in der Russischen Föderation, einschließlich der international vergleichenden Analyse.

E-Mail: schmidt@dipf.de

Postanschrift: c/o Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Schloss-Str. 29; D - 60486 Frankfurt a. M.;

Tel: 49 (0)69 24708-314, Fax: 49 (0)69 24708-444.

Literatur

Bildung zwischen Staat und Markt. Themenheft Tertium Comparationis, 2 (1996), 1.

Bray, Mark/Borevskaya, Nina: Financing Education in Transitional Societies: Lessons from Russia and China. In: Comparative Education, 37 (2001), pp. 345-365.

Lisovskaya, Elena/Karpov, Vyacheslav: The Perplexed World of Russian Private Schools: Findings from Field Research. In: Comparative Education, 37 (2001), 1, pp. 43-64.

Preuschhoff, Corinna/Weiß, Manfred: Schulleistungen in staatlichen und privaten Schulen im Vergleich – eine Übersicht über neuere Forschungsergebnisse. In: TiBi. Trends in Bildung international, 8/2004, 4 S.

http://www.dipf.de/publikationen/tibi/tibi8_preuschhoff_weiss.pdf.

In Vorbereitung: Schmidt, Gerlind: Finanzierungsregelungen im russischen Schulwesen zwischen staatlicher Steuerung und privater Beteiligung. In: Steier-Jordan, Sonja (Hg.): Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung in Russland zwischen Staat und Markt. Münster, New York: Waxmann Verlag. Typoskript, 130 S.